

Erstellung eines Baulückenverzeichnisses sowie Einrichtung eines Flächenmanagements
- Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.10.2005

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.10.2005:

„Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion und die Fraktion der Grünen beantragen die Erstellung und laufende Unterhaltung eines Baulückenverzeichnisses für Industrie-, Gewerbe- und Wohnbauflächen in unserer Stadt, sowie die Einrichtung eines aktiven Flächenmanagements innerhalb der Stadtverwaltung.

Begründung:

Um den Flächenbedarf unserer Bürger und Gewerbetreibenden auch in Zukunft befriedigen zu können, erlangt die Reaktivierung von Brachflächen immer größere Bedeutung. Um den Vorgaben des Landes 4/5 der künftig benötigten Wohnbau- und Gewerbeflächen durch Umnutzung und Verdichtung zu gewinnen und nur noch 1/5 durch Neuausweisung, ist eine wesentlich verbesserte Erfassung und Auswertung der vorhandenen Flächen notwendig.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Landesregierung von Baden-Württemberg zum Thema Flächensparen sehen unsere Fraktionen die Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme sämtlicher in Betracht kommender Flächen im Hinblick auf geeignete Nutzungsoptionen für die Zukunft.

Wir werden uns künftig aus ökonomischen und ökologischen Gründen nicht mehr leisten können, stetig neue Flächen zu verbrauchen. Um bei veränderter demographischer Entwicklung entstehenden Leerstand und Brachflächen zu vermeiden, den Siedlungskörper kompakt zu halten und die Zentralität der Innenstädte zu stärken, ist es zwingend erforderlich, auch in Ettlingen als ersten Schritt ein Baulückenkataster anzulegen und stetig fortzuschreiben, wobei wir unter „Baulücke“ jedes Areal verstehen, das sich optimieren lässt.

Für die CDU-Fraktion

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez.
(Lutz Foss)
Vorsitzender

gez.
(Barbara Saebel)
Vorsitzende“

Beschluss: (einstimmig; 1 Enthaltung)

Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zur Entscheidung an den Ausschuss für Umwelt und Technik verwiesen.

- - -

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung schlägt vor, den oben genannten Antrag in der Sitzung des Ausschuss für Umwelt und Technik zu erörtern. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik den Antrag zu prüfen und eine Vorlage zu erstellen.

- - -

Stadträtin Dr. Langguth erläutert den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie spricht sich dagegen aus, dass die Erstellung und laufende Unterhaltung eines Baulückenverzeichnisses von dem neu zu bildenden Amt für Gebäudemanagement erstellt werde. Mit einem Verweis und der Entscheidung im AUT erklärt sie sich einverstanden.

Stadträtin Nickel erachtet die Erstellung und laufende Fortschreibung eines Baulückenverzeichnisses als sinnvoll. Sie weist darauf hin, dass die Stadt ein solches Verzeichnis bereits führe und fordert, dass das vorhandene Verzeichnis im AUT aufgezeigt werde.

Stadtrat Hinse stimmt dem Vorschlag der Verwaltung und somit einer weiteren Diskussion im AUT zu.

Stadträtin Saebel erklärt, dass auch die Ortsteile in ein Baulückenverzeichnis einbezogen werden sollten. Die Stadt solle bei nichtstädtischen Flächen hier tätig werden und eine „Maklerfunktion“ übernehmen.

Stadträtin Lumpp erläutert, dass sie inhaltlich zwar den Antrag unterstütze, ein solches Verzeichnis jedoch schon vorliege. Nach ihrer Meinung solle ein solches Verzeichnis auch für die Wohnbebauung geführt werden. Sie beauftragt daher die Verwaltung, ein Verzeichnis für die Wohnbebauung zu erstellen und zu pflegen. Eine Notwendigkeit für eine weitere Diskussion im AUT sehe sie nicht. Sie stellt folgenden Ergänzungsantrag: In die Vorlage solle aufgenommen werden, dass das Verzeichnis innerhalb von zwölf Monaten funktionsfähig sei.

Stadtrat Dr. Böhne stimmt dem Verweis an den AUT mit dem Hinweis zu, dass ein Leerstandsmanagement wichtig sei.

Oberbürgermeisterin Büsselmann erläutert, dass es seit dem Jahr 1979 ein solches Verzeichnis gäbe und dieses seit 1983 funktionsfähig sei. In diesem Verzeichnis seien auch die Wohnbebauung und die Leerstandsflächen aufgenommen. Ein Hinweis hierauf würde sich auch im Internet finden. Sie nehme jedoch den Antrag der Freien Wähler auf und werde hierüber abstimmen lassen.

Stadträtin Saebel erkundigt sich, warum dem Gemeinderat keine Unterlagen zugesandt wurden, obwohl ein Verzeichnis bereits bestehe.

Oberbürgermeisterin Büsselmann erklärt, dass dieses Verzeichnis nicht versendet werden könne, da es Probleme mit dem Datenschutz gebe. Sie bittet um eine weitere Diskussion im AUT.

Der Antrag der Freien Wähler wird mit 30:2 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, abgelehnt.

Der Beschlussvorlage der Verwaltung wird einstimmig, bei einer Enthaltung, zugestimmt.

Gabriela Büsse-maker
Oberbürgermeisterin

- - -

Ji/La

1. Dezember 2005

1. Planungsamt und Wirtschaftsförderung zur Kenntnis und mit der Bitte um Erstellung einer Vorlage.

2. Wv. - AUT

Im Auftrag:

Jilg